

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:  
Dezernat I, Rechtsamt

Betreff:

**Information des Gemeinderates über das  
Ergebnis des Bürgerentscheides vom  
25.07.2010 über eine Erweiterung der  
Stadthalle in der Altstadt**

# Informationsvorlage

## - Tischvorlage -

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bau-, Haupt- und Finanzausschuss	28.07.2010	N	( ) ja ( ) nein	
Gemeinderat	28.07.2010	Ö	( ) ja ( ) nein	

**Inhalt der Information:**

*Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis des Bürgerentscheids zur Kenntnis.*

## Begründung:

Am 20. Mai 2010 beschloss der Gemeinderat (Drucksache 0153/2010/BV), das eingereichte Bürgerbegehren gegen die geplante Stadthallen-Erweiterung für zulässig zu erklären. Als Abstimmungstermin für den Bürgerentscheid wurde der 25. Juli 2010 festgelegt. Damit wurden gemäß § 21 Absatz 1 der Gemeindeordnung alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heidelberg aufgefordert, über folgende Frage zu entscheiden:

*„Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?“*

Der Gemeindevwahlausschuss stellt in seiner Sitzung vom 27. Juli 2010 folgendes Endergebnis des Bürgerentscheids fest:

Zahl der Wahlberechtigten	101.237
Zahl der Wahlscheininhaber	9.424
Zahl der Wählerinnen/Wähler	39.346
Zahl der ungültigen Stimmzettel	111
Zahl der gültigen Stimmzettel	39.235
Anzahl der abgegebenen gültigen JA-Stimmen	12.911
Anzahl der abgegebenen gültigen NEIN-Stimmen	26.324

Die Mehrheit der gültigen Stimmen entfiel auf „Nein“.

Da die Zahl der gültigen Nein-Stimmen mindestens 25 % der Stimmberechtigten (= 25.310) erreicht hat, ist ein bindender Bürgerentscheid zustande gekommen (§ 21 Absatz 6 GemO).

**Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines gültigen Beschlusses des Gemeinderates. Es besteht eine Bindungswirkung für die Dauer von drei Jahren (§ 21 Absatz 7 GemO).**

gezeichnet  
Wolfgang Erichson

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Inhaltlicher Antrag der SPD vom (Eing.) 28.07.2010